

## **Im Zuge von Polizeiaktionen gegen kriminelle Banden werden Tibeter drangsaliert**

In der Tibetisch-Autonomen Präfektur Golog (chin. Guoluo) führte Quellen in der Gegend zufolge eine behördliche Kampagne, die sich angeblich gegen das organisierte Verbrechen richtet, zur Drangsalierung und strengen Überwachung von Tibetern, die früher einmal politisch aktiv waren.

„Anfang Mai starteten die chinesischen Behörden in allen sechs zu Golog gehörenden Bezirken einen Feldzug gegen „schwarze und böse“ Kräfte. Die Chinesen nahmen „verbotene Glücksspiele und die Bildung von Graswurzel-Organisationen aufs Korn, die bei den Leuten um Spenden werben“, teilte eine Quelle aus der Region mit.

Unter dem Vorwand der Durchführung dieser Maßnahmen „belästigen und drangsaliieren die chinesischen Behörden ehemalige tibetische politische Gefangene und Tibeter, die sie politischer Aktivitäten verdächtigen, indem sie sie unter strenge Überwachung stellen“.

Golog liegt in der historischen Region Tibets, die früher als Amdo bekannt war, und heute zu der nordwestchinesischen Provinz Qinghai gehört.

Aus einer zweiten Quelle in Golog verlautet, daß die Kampagne gegen kriminelle Banden zur Zeit in allen Bezirken von Golog voll im Gange ist. „Seit Anfang des Monats wurden je sieben Personen aus den Bezirken Gade und Darlag festgenommen“. Es sei jedoch „nicht angebracht, in Einzelheiten zu gehen“, fügte die Quelle hinzu.

Die Tibeter dürften sich jetzt nicht mehr versammeln oder Informationen über die sozialen Medien austauschen. „Hat irgendeine Gruppe über zehn Personen, so muß sie Erlaubnis dazu einholen, indem sie sich in ihrem Dorf registrieren läßt, sogar bis zur Bezirksebene hinauf“.

„Die dort ansässigen Tibeter dürfen keine politischen Neuigkeiten, die sich auf Macao, Hongkong, Tibet und China beziehen, über irgendein Online-Medium oder eine Internetplattform mitteilen“, fügte die Quelle hinzu.

„Die Behörden warnten die Einheimischen auch davor, mit Ausländern aus Amerika oder dem Westen nur so beiläufig zu sprechen“. „Die Behörden sagen: Wenn Ausländer euch irgendwelche Fragen stellen, dann gebt einfach keine Antwort und tut so, als wüßtet ihr von nichts“.

In einem letzte Woche vom Tibetischen Zentrum für Menschenrechte und Demokratie in Dharamsala veröffentlichten Bericht heißt es, daß diese Politik und die neuen Vorschriften zu „vermehrten Einschnitten bei den Menschenrechten und Eingriffen in das Leben der Tibeter“ führten.

Der Bericht beruft sich insbesondere auf die Kampagne gegen „Verbrechen“ und „schwarze und böse Kräfte“, was die Festnahme, Verhaftung und Folterung von Menschenrechts- und Umweltaktivisten und gewöhnlichen Tibetern, die sich für die Verwendung der tibetischen Sprache einsetzen, zur Folge hatte.